NEUES FORUM
BULLETIN
Nr. 22 1.4. 1993

Wider das Vergessen

„Drei Jahre Versuch, mit der Vergangenheit umzugehen - drei Jahre, die dem Vergessen mehr gedient haben als dem Erinnern, in denen die Täter mehr zu Wort kamen als die Opfer. Drei Jahre, in denen die Arbeit des MfS mehr und mehr bagatellisiert wurde. Die Verharmlosung aber steht gegen die eigene Erinnerung.

Wir jedoch lassen uns unsere Erinnerung nicht korrigieren.

Stattdessen wollen wir vor der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit Potsdam an all diejenigen erinnern, die hier und in anderen Gefängnissen der DDR als politische Häftlinge eingesessen haben. Über zweihunderttausend Menschen. Zweihundertfünf politische Todesurteile. Tausende wurden verschleppt und zwangsumgesiedelt. Wir wollen an jene erinnern, die tage- und nächtelang vernommen wurden. Die man unter Druck gesetzt hat, um sie dem Geheimdienst gefügig zu machen. An jene, die draußen mit ihren verhafteten Frauen, Männer und Kindern gelitten haben.

Mit uns sind Vertreter verschiedener Opferverbände, SPD-Mitglieder des Kurt-Schumacher-Kreises, ehemalige Häftlinge und Wehrdienstverweigerer und andere politisch Verfolgte. Wir fühlen uns denen verbunden, die hier versammelt sind, weil sie der Diktatur widerstanden haben, statt sich Medaillen an die Brust heften zu lassen. Wir wollen nicht vergessen, daß vor allem Zivilcourage dieses System überwunden hat."

Gemeinsame Erklärung von Bärbel Bohley, Ralf Hirsch, Ekkart Hübener, Freya Klier, Lutz Rathenow, Ev Rub, Frank Rub, Lotte Templin, Wolfgang Templin anläßlich einer Gedenkveranstaltung für die Opfer der SED-Herrschaft vor der ehemaligen Stasi-U-Haftanstalt in der Potsdamer Lindenstraße. Die Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler brachten am Eingang weiße Rosen an, um deutlich zu machen: Widerstand bleibt auch in Zukunft nötig.

An der Veranstaltung nahmen auch Vertreter des Kurt-Schumacher-Kreises teil. Für sie sprach der ehemalige Stasi-Häftling Hermann Kreutzer. Er forderte den Rücktritt des brandenburgischen Ministerpräsidenten Manfred Stolpe („IM Sekretär"). Ebenfalls anwesend war der SPD-Bürgermeister von Berlin-Friedrichshain Helios Mendiburu.

Herausgeber: Bundeskoordinierungsbüro, Friedrichstraße 165, O-1080 Berlin, Tel. 030-229 24 12
Redaktion: Christian Sternberg, Tel. 030/229 25 46
Satz: Christian Sternberg
Druck: Alpdruck, Berlin-Pankow, Tel. 030 482 42 65

Bonner Bann

Die Gruppe Bündnis 90/Die Grünen hat auf Initiative der FORUM-Abgeordneten Ingrid Köppe einen Gesetzentwurf zur Aufhebung der Bannmeile im Regierungsdorf rund ums Wasserwerk eingebracht. Für den Tag X, an dem der Bundestag die Asylrechtsänderung beraten will, soll der Innenminister die Bannmeile aufheben.

Die Bannmeile soll die ParlamentarierInnen - nicht die Regierung! - vor Nötigung seitens protestierender Wählerinnen schützen. Mehrfach wurden auch Abgeordnete zum Schutz vor sich selbst wegen Verletzung der Bannmeile zu Geldstrafen verurteilt. Die Nötigung durch Zahlung von Bestechungsgeldern, durch interessengebundene Vorlagen von Verbänden oder großzügige Einladungen zu Freß- oder Sauf-Gelagen ist in der Bannmeile hingegen erlaubt.

Diesem Zustand will der Entwurf Ingrid Köppes nun ein Ende bereiten. Die Streichung der Strafvorschrift des § 106a StGB und des Bannmeilengesetzes erspart dem Bund sogar noch Geld: „Nur mit einem außerordentlich hohen Personaleinsatz der Polizei können Demonstranten von dem riesigen Areal ferngehalten werden.. Diese Schwierigkeiten haben auch den Bonner Polizeipräsidenten zu einer liberalen Handhabung und zu der Forderung nach einer gesetzlichen Reform veranlaßt", heißt es dazu im Gesetzentwurf.

Den Anachronismus Bannmeile bezeichnen die FORUM-Abgeordneten als „ein Symbol der Angst der offiziellen Politik vor dem Volk."

Alles weitere bei
Ingrid Köppe MdB
Bundeshaus HT 220
5300 Bonn 1
Tel. 0228/16-7482

Berichtigung

In der letzten Ausgabe wurde die Organisations-Zugehörigkeit der FORUM-Abgeordneten Ingrid Köppe mit der Gruppen-Bezeichnung im Deutschen Bundestag charakterisiert. Ingrid Köppe ist FORUM- und bleibt FORUM-Abgeordnete.

Geheimdienst aufheben

Ingrid Köppe bringt Gesetzesentwurf im Bundestag ein

Die Gruppe Bündnis 90/Die Grünen hat auf Initiative der FORUM-Abgeordneten Ingrid Köppe einen Gesetzesentwurf zur Aufhebung der Geheimdienst-Gesetze im Bundestag eingebracht. Danach sollen:

- "die Gesetze über Existenz und Kontrolle der Geheimdienste, Bundesamt für Verfassungsschutz, Militärischer Abschirmdienst und Bundesnachrichtendienst aufgehoben werden;
- deren Personal bis zum Ende des Jahres 1993 sozialverträglich abgebaut oder neuen Verwendungen zugeführt werden;
- die durch diese Dienste gesammelten Informationen gesichert und einer geordneten Erforschung zugeführt werden."

Geheimdienste überflüssig

Die ausführliche Begründung wird in der Problemskizze zusammengefaßt. Darin heißt es: "Die innen- und außenpolitische Situation, auf die hin bzw. für welche die Geheimdienste in der Bundesrepublik Deutschland einst geschaffen wurden, hat sich grundlegend verändert. Die Aufgaben dieser Dienste sind damit ebenso wie deren 'geheimdienstliche Gegenüber' weitestgehend entfallen. Zudem hat die bisherige Tätigkeit der deutschen Geheimdienste gezeigt, daß sie ineffektiv im Sinne ihrer Aufgabenstellung sind, sich ihren rechtlichen Bindungen tendenziell stets entziehen sowie dadurch unablässig 'Skandale' produzieren und einer wirksamen parlamentarischen Kontrolle nicht zugänglich sind. Eine bloße Erweiterung von Unterrichtungspflichten der Bundesregierung sowie sonstige Kontroll-Regelungen würde an diesen strukturellen Defiziten nichts ändern."

In einem weiteren Antrag Ingrid Köppes wird die Bundesregierung zu Sofortmaßnahmen aufgefordert. Danach sollen ab sofort keine neuen Geheimdienstler eingestellt werden. Wer von anderen Behörden an die Geheimdienste ausgeliehen ist, soll sofort zurückbeordert werden. Alle Beschäftigten des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) und des Bundesnachrichtendienstes (BND), die das 48. Lebensjahr erreicht haben, sollen nach dem Willen der Bürgerbewegten im Bundestag vorzeitig in den Ruhestand versetzt werden. Die übrigen Mitarbeiter sollen in die Geschäftsbereiche der Ministerien versetzt werden.

Alle Akten der Dienste sollen so behandelt werden, wie die Stasi-Unterlagen. Eine Übertragung geheimdienstlicher Aufgaben auf andere Behörden wie polizeidienstähnliche sollen ausgeschlossen sein. "Zivile" Behörden, die aus Geheimdiensten hervorgegangen sind, das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) zum Beispiel), berührt der Gesetzesentwurf nicht.

Die geforderten gesetzlichen Maßnahmen im einzelnen:

1. Das Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes vom 20. Dezember 1990 (BGBl. IS. 2970 ff.) wird aufgehoben.
2. Das Gesetz über den Militärischen Abschirmdienst vom 20. Dezember 1990 (BGBl. IS. 2977 ff.) wird aufgehoben.
3. Das Gesetz über den Bundesnachrichtendienst vom 20. Dezember 1990 (BGBl. IS. 2979 ff.) wird aufgehoben.
4. Das Gesetz über die parlamentarische Kontrolle nachrichtendienstlicher Tätigkeit des Bundes vom 11. April 1978 (BGBl. IS. 453) wird aufgehoben.
5. Das Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Gesetz zu Artikel 10 Grundgesetz) vom 13. August 1968 (BGBl. IS. 949) wird aufgehoben.

Mut zur Utopie

Unter der Überschrift „Was bleibt von den Großutopien nach dem Ende der Systemkonkurrenz?" hatte die Ökologiestiftung Nordrhein-Westfalen für das vergangene Wochenende zum ersten Seminar einer sechsteiligen Reihe nach Klein-Machnow eingeladen. Brauchen wir überhaupt noch Utopien, war eine der diskutierten Fragen.

Utopie beginnt immer in der Vergangenheit. Dieses Mal in einem Hotel- und Bürokomplex mit gespenstischen Ausmaßen. Die bereits zu Beginn der dreißiger Jahre erbaute kasernenartige Anlage diente in den nächsten zwölf Jahren der Erziehung und Ausbildung von Soldaten. Die „Parteisoldaten" der in diesen Gebäuden untergebrachten SED-Parteischule „Karl Liebknecht" verloren ihre Schlachten nicht nach zwölf, sondern erst nach 40 Jahren. Der Ort der zwei folgenreichen deutschen Versuche erlebt nun einen überhasteten dritten. Heute versuchen sich hier Friseure, Finanzmakler, Autovermieter und Hoteliers. Die neuen Verhältnisse, die doch die alten sind. Kein schlechter Ort für ein Gespräch über Zukunft.
Die einleitende Bilanz der politischen Utopien der Neuzeit zeigte bereits die Schwierigkeiten einer Verständigung zu diesem umfassenden Thema. Eine anerkannte Definition des Begriffs der Utopie existiert nicht. Für die einen ist es Wunsch- oder Furchtbild von einer unbestimmbaren Zukunft, für die anderen sind es die noch nicht verwirklichten, individuellen Möglichkeiten des Menschen. Die Annahme, diese mögen eine humanere Welt ermöglichen, ist eine tausende Jahre alte Hoffnung, die durch die Realität allzuoft widerlegt worden ist. Die aktuellen politischen Ereignisse u.a. auf dem Balkan verweisen auf Möglichkeiten des Menschen, die überwunden zu sein schienen. Eine Variante politischer Utopie hat ihren Ursprung in den Verhältnissen der vormodernen Sippengemeinschaft, die durch das Fehlen von Entfremdung und Egoismus gekennzeichnet sind. Der alte Traum vom friedlichen Miteinanderleben also. Eine vierte Konzeption schließlich kann am besten mit „gelebte Utopie" bezeichnet werden. Sie wird verwirklicht durch die weitgehende Abkehr von etablierten Institutionen und Konventionen. Der Rückzug in private Alternativen zum Bestehenden war zu allen Zeiten eine Möglichkeit, „Utopien zu leben". Die skizzierten Formen von Utopie fanden sich in verschiedenen Varianten auch in der Diskussion der Veranstaltung. Damit wurde Professor Richard Saage in seinen Aussagen im Vorwort des von ihm herausgegebenen Buches „Hat die politische Utopie eine Zukunft?" bestätigt. An den in diesem Buch zusammengefaßten Aufsätzen lassen sich diese vier Muster erkennen.
In der Diskussion fanden sich Aussagen wie: „Eine erwartungslose Lebenshaltung ist nicht möglich." Oder: „Eine Ursache von Utopien ist möglicherweise der eklatante Widerspruch zwischen realem und idealem Leben." Der Vollständigkeits- und Machbarkeitswahn einer Gesellschaft, die damit gegen Utopien steht, und die Herrschaft einiger Utopien über andere weisen auf die Brisanz einer solchen Thematik hin.
Michael Schneider, der Autor des Buches „Das Ende des Jahrhundertmythos", referierte über die Hintergründe der trügerischen Anziehungskraft der sowjetischen Alternative. Die verständlichen Gründe dieser epochalen Mystifikation entlassen die Linken nicht aus einer Mitschuld am Scheitern. Eine Situation, die eine Analogie im Verhältnis vieler Westlinker zur DDR hatte. Jegliche Gewalt zur Durchsetzung von Utopien ist auch mit Hinweis auf das staatlich verordnete Glück der Sowjetunion in jedem Fall abzulehnen. Die Frage nach der gewaltfreien Verwirklichung von Utopien blieb freilich unbeantwortet. „Überzeugungsarbeit" wird das nicht leisten können. So ist sicherlich der Forderung nach positiven alternativen Gestaltungsideen zuzustimmen, die gegen die negativ wirkenden Verhinderungsabsichten gestellt werden müssen.
Rainer Land, ehemaliger Mitarbeiter der Humboldt-Universität, stellte sein Konzept von einem Ökosozialismus vor, das zu großen Teilen noch in der DDR entstanden war. Eine Veränderung der Eigentumssituation an Grund und Boden hält er für unverzichtbar. In den neu zu etablierenden Institutionen soll ein stark erweitertes Mitspracherecht gesichert werden. Die Idee des Runden Tisches der Wendezeit ist in vielen seiner Aussagen der Hintergrund. Die Forderung nach einer demokratischeren Verteilung des erzielten Profits dürfte ihm ebenfalls ausdauernde Gegner sichern. Dahinter steckt die sicherlich sinnvolle Absicht, das mittlerweile wuchernde Wachstum der Produktion einzudämmen.
In der Diskussion wurde besonders auf die Notwendigkeit hingewiesen, die bestehenden Informationsketten zu durchbrechen. Die Monopolisierung der Medien und die damit verbundene Jagd nach Auflage und Hörern/Zuschauern verhindern geradezu die Behandlung der lebenswichtigen, also zukunftgestaltenden Themen. Die exzessive Darstellung der Gewalt im Fernsehen ist ein Beispiel für eine nicht zu verantwortende Entwicklung. Die von Meadows und Randers dargestellten und mit Hilfe eines Computerprogramms berechneten Entwicklungen sind unabweisbare Tatsachen.
Die Rohstoffe und die Energievorräte sind begrenzt und nähern sich dem Ende. Das scheinbar unaufhaltsame Wachstum der Bevölkerung und der Industrieproduktion sowie die Zunahme der Umweltverschmutzung erfordern sofortiges wirkungsvolles Handeln.
Wir täuschen uns, wenn wir glauben, noch unendlich viel Zeit zu haben. Soll die Zukunft nicht nur aus Furchtbildern bestehen, sind Gespräche über Utopien, aus denen praktisches Handeln erwächst, dringend notwendig.

Gerhard Mühlhausen
Robert-Havemann-Gesellschaft

Law and Order!

Regine Templin, Wolfgang Templin, Bärbel Bohley, Eckhart Hübner, Ev Rub, Frank Rub, Ralf Hirsch, Freya Klier und Lutz Rathenow haben am Dienstag, dem 2. März, ihre Aussagen vor dem Potsdamer Stolpe-Ausschuß verweigert. In einer gemeinsamen Erklärung, die sie vor der Presse auf den Fluren des Brandenburger Landtages abgegeben haben, hieß es dazu: „Wir stehen als Zeugen zur Verfügung, aber nicht als Alibi - Bürgerrechtler, denen gegen Ende des Verfahrens auch noch ein paar Minuten eingeräumt werden, während der beschwichtigende Endbericht offenbar schon in Arbeit ist. Wir fordern deshalb einen unabhängigen Untersuchungsausschuß, in dem sich die einzelnen Mitglieder weder durch Regierungsbeteiligung noch durch Koalitions- oder Partei-Interessen gebunden fühlen." Besonders hervorgehoben haben die acht Verweigerer das Gutachten des Berliner Professors Manfred Wilke. Nachdem Wilke am 8. Januar diesen Jahres dem Ausschuß ein neunseitiges Gutachten zum Wirken Manfred Stolpes während der "polnischen Krise" 1980 vorgelegt hatte, wurde er als Berater des Ausschusses rückwirkend entlassen.

In einem Kommentar für die BILD-Zeitung brachte Bärbel Bohley die Kritik an Stolpe in seiner heutigen Rolle als rechtsstaatlicher Realpolitiker zum Ausdruck: „Stolpe verspricht sowohl den Regierenden als auch den Regierten immer: alles. Die einen Versprechen sind öffentlich, die anderen geheim. Er hält aber nur die geheimen Absprachen. Ein Lausitzer Dorf sollte der Kohle weichen. Der Bevölkerung versprach Stolpe öffentlich den Erhalt. Und gleichzeitig dem Stromkonzern die Kohle. Verloren hat das Dorf. Diesen Stolpe kennen wir aus zehn Jahren DDR-Opposition. Er zog alle Anliegen an sich, um ihnen die Spitze abzubrechen. Uns versprach er: Ihr könnt eine Aktion machen! Der Stasi hat er versprochen: Die Opposition habe ich im Griff! Viele nervt das Stasi-Thema. Mich auch. Doch Verdrängung hilft uns nicht. Das macht uns nicht selbständiger und nicht kreativer. Der Glaube der Brandenburger an Stolpe ist leider ein Irrtum. Je mehr man sich einmischt, um so mehr wird man das merken."

Kommentar

Am 2.03.93 war es soweit. Als sich acht Bürgerrechtler weigerten, dem Stolpe-Untersuchungsausschuß als Alibi zu dienen, beantragte dieser **Ausschuß,** diese Acht zu Ordnungsstrafen zu verurteilen!
Das heißt, diejenigen, die schon zu DDR-Zeiten aufgrund ihrer Unangepaßtheit und ihres Widerstandes mit Ordnungsstrafen und Gefängnis diszipliniert werden sollten, sollen jetzt wieder gedeckelt werden. Bisher mit Ordnungsstrafen - wann wieder mit Gefängnis? Wer sind die Leute in diesem Ausschuß? Was haben sie zur Wende und besonders davor getan? Wie sind sie dorthin gekommen? Wo wären sie heute, hätte es diese Bürgerrechtler nicht gegeben? Den Menschen, die sie heute verurteilen, haben sie zu verdanken, daß sie als demokratisch gewählte Abgeordnete im Brandenburger Landtag sitzen können! Begreifen die Mitglieder dieses Ausschußes überhaupt die Dimension ihrer Beschlüsse?

Zur Kenntnis:

Ausschußmitglieder sind für die SPD Steffen Reiche, Reinhart Zarneckow, Dr. Götz Piprek, für die CDU Manfred Walther, Dr. Markus Vette, für die PDS-LL Hannelore Birkholz, für die FDP Rosemarie Fuchs, für das Wahlbündnis 90 Günter Nooke. Als ehemaligen DDR-Oppositionellen kann man nur Günter Nooke bezeichnen. Dessen Stimme stand für diesen Antrag auch nicht zur Verfügung.
Was haben wir da sonst noch für Leute? Alles Ossi's? Ein Pfarrer, ein Tierarzt, Rechtsanwälte, Ingenieure, Physiker und eine Ärztin. Was taten sie zu DDR-Zeiten, als die Vorgeladenen Widerstand leisteten? Bis auf die Ärztin haben fast alle an ihrer Karriere gebastelt.

Angepaßte? Die sogenannte Klasse der Intelligenzler (Ingenieure der Seele!?) stand der Funktionärsklasse bedeutend näher als der Arbeiterklasse - sie war ein Pfeiler der Gesellschaft. Sie, die heute über Opfer richten, waren was? Wo ist sie, die Gerechtigkeit, von der die Demonstranten im Herbst 89 geträumt, auf die sie gehofft haben? Wir sind nach wie vor meilenweit davon entfernt! Wo sind die Schreibtischtäter, die heute vor Gericht stehen? Ich sehe die Stasigeneralität nach wie vor in ihren Dienstvillen wohnen, wenn auch jetzt ohne Koch, Chauffeur und Betriebshandwerker.

Wo leben wir?

Sie kungeln weiter: Namen unenttarnter Spione gegen eigene Straffreiheit! Der Ausschuß bewertet Aussagen von Wiegand, Roßberg und Sgraja. Warum? Sie dealten Legenden, stülpen eine über die andere, bis das Gestrüpp undurchdringlich ist und wieder Menschen darin hängen bleiben.
Mir kommen solche Ausschußentscheidungen vor, als ob die Stasi immer noch im Hintergrund die Fäden zieht. Auf jeden Fall werden sich die ehemaligen Stasiverantwortlichen darüber totlachen, daß die Bürger, die schon von ihnen mit Ordnungsstrafen belegt wurden, jetzt wieder vor demselben Problem stehen. Das rechtfertigt ihre Unterdrückungsmaßnahmen nachträglich! Sie müssen sich ja zwangsläufig bestätigt fühlen. Davon distanziere ich mich: Ich erkläre mich bereit, falls gegen Ralf Hirsch eine Ordnungsstrafe ausgesprochen wird, dieselbe zu übernehmen.

Detlef Grabert
NEUES FORUM Brandenburg
MdL Brandenburg

Jeder kann vor Ort helfen

Die arbeitslose Lehrerin Christine Zirwick aus Krönkenhagen bei Wismar war im November 1992 nach Kroatien gereist, um vor Ort Flüchtlingen zu helfen. Aus ihren Erfahrungen hat sich eine Initiative für die Flüchtlingshilfe und eine Gemeindepartnerschaft entwickelt. Über 50.000 Mark Geld- und Sachspenden haben ihre EmpfängerInnen inzwischen erreicht.

Auf der Insel Brac vor der kroatischen Stadt Split half Christine Zirwick beim Aufbau des Schulunterrichts und der Kinderbetreuung. Vor allem karitative Verbände und Kirchen besorgen dort Hilfslieferungen: medizinisches Gerät, Verbandsmaterial, Medikamente, Lebensmittel.

Hilfstransport mit Allradlaster

Die Menschen werden vornehmlich vom Roten Kreuz mit drei Mahlzeiten pro Tag versorgt. Es gibt Brot, Wasser und manchmal eine Suppe. In dieser Zeit knüpfte Christine Zirwick Kontakte zu freiwilligen Helfern. So oft es ging, fuhr ein allradgetriebener LKW in das bosnische Kriegsgebiet. Das Fahrzeug, eine Spende der Mennoniten, verließ die offiziellen Wege und erreichte die Hilfsbedürftigten über unwegsames Gelände.

Nach drei Wochen kehrte Christine Zirwick nach Wismar zurück. Erste Spendenaufrufe brachten in der ersten Woche schon sechstausend Mark ein. Die Leute packten Pakete - Reis, Zucker, Mehl, aber auch Zahnpasta, Seife oder Damenbinden werden gebraucht.

Gägelows Bürgermeister Kalf

Den großen Wurf landete Zirwick, als Fritz Kalf, Bürgermeister der Gemeinde Gägelow und Mitbegründer des NEUEN FORUM im Kreis Wismar, die Spendenaufrufe unterstützte. Knapp 300 persönliche Anschreiben an Gewerbetreibende brachten 30.000 Mark an Geldspenden und 30.000 Mark an Sachspenden, zum Beispiel Kleidung, ein. Auch Fahrzeuge wurden zur Verfügung gestellt.

Am 2.Februar 1993 setzte sich eine Konvoi mit 40 Paketen Schuhen, 250 blauen Säcken voller Kleider und 250 Paketen mit Lebensmitteln in Bewegung. Mit dabei auch Fritz Kalf aus der Gemeinde Gägelow und weitere dreizehn freiwillige Helfer, die eine Partnerschaft mit einer Stadt in Kroatien suchten. Mit Hilfe des Allrad-Autos sind alle Spenden angekommen.

Die kroatische Küstengemeinde Slano 30 km nördlich von Dubrovnik wurde von den Serben zu 90 Prozent zerstört. Phosphorbomben, von den Abhängen heruntergerollt, hatten Bäume, Häuser, Schiffe und Hotels zerstört: verbrannte Erde. Hier schloß Gägelow ein Freundschaftsabkommen. Jetzt kann die Aufbauhilfe noch direkter erfolgen. Nach Ansicht Christine Zirwicks ist besonders wichtig:"Glaubt nicht den Berichten in den Medien. Die Menschen auf dem Balkan freuen sich über BesucherInnen. Und das ist auch möglich: Bis Split fährt jede Spedition."

Kroaten nicht im Stich lassen

„Wir dürfen die Leute dort unten nicht vergessen. Um den Friedensprozeß zu unterstützen, müssen wir den zerstörten Orten beim Wiederaufbau helfen und auch den Kroaten helfen, die Flüchtlinge aufgenommen haben. Sonst sinkt ihre Bereitschaft zum Frieden." Jetzt vernetzen Christine Zirwick und Siegfried Redick die einzelnen privaten Aktivitäten und Initiativen zwischen Rostock und Schwerin. Sie stehen allen Initiativen für weitere Informationen zur Verfügung.

Alles weitere bei:
Christine Zirwick und
Siegfried Redick
NEUES FORUM Wismar
O-2401 Krönkenhagen

Bundesforum in Prerow

Der Bundeskoordinierungsrat hat Anfang März die vorläufige Tagesordnung für das ordentliche Bundesforum vom 3. bis 6. Juni in Prerow/Darß festgelegt.

Das Bundesforum beginnt am Freitag um 10.00 Uhr mit Arbeitsgruppe zu folgenden thematischen Schwerpunkten:
– Soziale Politik
– Gewaltfreie Politik
– Festung Europa.
Weitere Arbeitsgruppen können spontan gebildet werden. Nach der Vorlage des Rechenschaftsberichts am Sonnabend soll das Bundesforum die Anträge der Arbeitsgruppen beraten. Am Abend soll der BKR neu gewählt werden. Aus jedem Bundesland sollen drei Mitglieder und mindestens zwei stellvertretende Mitglieder des BKR gewählt werden. Für Sonntagvormittag ist die abschließende Diskussion im Plenum vorgesehen.

Das Bundesforum ist öffentlich.
Näheres bei:
Max Raudszus
NEUES FORUM
Mecklenburg-Vorpommern
Ernst-Barlach-Straße 2
O-2500 Rostock

Bulle - Teint

Weitere Namensvorschläge für das Bülletäng:

Aufruhr
Der Informant
Schaben
Schabernack
Schäbchen
Schäfchen
Störenfried
Struwwelpeter
Struwwelpetra
Widerhaken

Weitere Vorschläge bitte an:
NEUES FORUM
Friedrichstraße 165
O-1080Berlin

Ende der 3. Etappe

Verfassung für Mecklenburg-Vorpommern

Die Vertreter der Bürgerbewegung haben in der Verfassungskommission in Mecklenburg-Vorpommern einige Erfolge zu verzeichnen. Unter anderem sei es gelungen, für jeden die Sicherung eines Obdachs im Notfall durch Land und Kommunen oder den öffentlichen Zugang zu Umweltdaten zu verankern. Allerdings lehnen sie das Quorum für ein Volksbegehren von 200.000 Stimmen ab. Irmgard Rother und Heiko Lietz haben für ein Quorum von fünf Prozent der Wahlberechtigten gestritten. Die jetzige Regelung, die faktisch die gesamte Bürgerbeteiligung ad absurdum führt, ist von den Stimmen der CDU, SPD und der FDP. getragen worden. Eine Würdigung des gesamten Entwurfs stellt Irmgard Rother in der aktuellen Ausgabe des nord-FORUM zur Diskussion:

Seit März 1990 wird an der zukünftigen Landesverfassung gearbeitet: Der **Junieentwurf** (1. Etappe) wurde von der Arbeitsgruppe „Landesverfassung" der Runden Tische der Bevölkerung vorgelegt. Das Ergebnis wurde von der zeitlich folgenden Arbeitsgruppe „Landesverfassung" der Regierungsbevollmächtigten als **Oktoberentwurf** (2. Etappe) der Verfassungskommission des Landtags übergeben und als Arbeitsgrundlage anerkannt. Jetzt liegt der **Arbeitsentwurf** der Verfassungskommission als dritte Etappe vor.

Die 4. Etappe wird die Annahme der Verfassung mit 2/3-Mehrheit im Landtag und das vorläufige Inkraftsetzen sein, die 5.Etappe dann schließlich die Bestätigung (oder Nichtbestätigung) durch einen Volksentscheid. Termine und Formalitäten für die letzten beiden Etappen sind durch den Rechtsausschuß des Landtages vorzuschlagen und noch nicht entschieden.

Formale Ergebnisse der Arbeit

In der „vorläufig vorletzten" Sitzung der Verfassungskommission im März wurde letzte Hand an den Inhalt gelegt. In der „vorläufig letzten" Sitzung im April wird das Ergebnis, redaktionell überarbeitet, von der Kommission angenommen werden. Einige - gegen der ursprünglichen Willen der CDU erstrittene - formale Ergebnisse sind:

- 2/3-Mehrheit im Landtag bei der Annahme der Verfassung,
- Volksabstimmung zur Bestätigung der Verfassung
- keine Inhaltsänderungen durch den Rechtsausschuß
- keine Auflösung, sondern Ruhen der Verfassungskommission mit der Möglichkeit der Wiederaufnahme der Arbeit
- beratende Beteiligung der jetzt in der Verfassungskommission als Mitglieder tätigen Staatsrechtler und Vertreter der Bürgerbewegungen bei weiteren Absprachen der Fraktionen des Landtages.

Inhaltliche Ergebnisse:

Die Vorschläge der CDU für eine rein staatsorganisatorische Verfassung (Poetsch-Heffter und Born) wurden abgewiesen. Staatsziele und Bürgerrechte wurden formuliert, wenn auch nicht in wünschenswertem Maße. Dem Staat wurde Verantwortung für sozial Schwache, für Arbeitsplätze, Obdach und für die Umwelt übertragen. Auch kann der Ministerpräsident nun nicht mehr - falls ihm das Vertrauen entzogen wird - einfach den Landtag auflösen; er muß die Auflösung beim Präsidenten des Landtages beantragen. Dieser wiederum erhielt einen Handlungsspielraum, der die Auflösung verhindern kann. Wichtig: nach langer heißer Debatte sind Bürgerbewegungen den Parteien in ihrer politischen Stellung ebenbürtig.
Umweltdaten werden nun auch bei uns für jedermann - unabhängig davon, ob der eigene Lebensraum betroffen ist - zugänglich sein. Die Verbandsklage wurde nicht in die Verfassung aufgenommen; ein Kompromiß der Fraktionen sieht sie für das Landesumweltgesetz vor.

Kein Ausländerschutz - undemokratisches Volksbegehren

Ernsthafte Mängel sind das zu hohe Quorum beim Volksbegehren (siehe Pressemitteilung), der fehlende Schutzartikel für ausländische Menschen und das abgelehnte Staatsziel über den inneren und äußeren Frieden.

Positive Bilanz?

Insgesamt ist weitaus mehr erreicht worden, als zeitweilig zu erhoffen war. Wie wurde es erreicht? Zunächst die Mitstreiter. Da ist die Opposition des Landtages zu nennen. Ohne die fast immer gesprächsbereite SPD hätten die Vertreter der Bürgerbewegung und der Grünen (Heiko Lietz, Irmgard Rother und Marion Janele) sehr viel weniger ausrichten können. Leider schien die SPD in den letzten Tagen, insbesondere beim Ausländerschutz und beim Quorum für das Volksbegehren allzu kompromißbereit.

Die PDS-Vertreter haben kräftig gekämpft und oft gute, manchmal zu breite Vorschläge eingebracht. Die FDP hat nicht viel versprochen, aber was sie zugesagt hat, auch gehalten; da bleibt ein Eindruck von Fairness zurück. Die CDU war zunächst der Sand im Getriebe - zuerst knirschte es, dann stand es still! Als letztlich nach massivem Druck der Öffentlichkeit Wortführer und Strategie gewechselt wurden, konnten Kompromisse gefunden werden.

NEUES FORUM?

Sehr engagiert!
Einmalig war der Einsatz des NEUEN FORUM, seiner Arbeitsgruppen, seiner Sprecherräte und Fraktionen und nicht zuletzt seiner Mitglieder, Freunde, Sympathisanten. Bei all den Aktionen, Zusammenkünften und Zuschriften zwischen dem schwarzen Busch auf Poel und Bargischow bei Anklam konnte einem schon der Gedanke an eine wirkliche Bürgerbewegung kommen.

Gute Zusammenarbeit

Nachahmenswert auch das Bündnis von NEUEN FORUM, BÜNDNIS 90 und GRÜNEN in dieser Frage. Von großer Wirkung war unter anderem das gemeinsame Ablehnungsschreiben der 3 Landesverbände zu dem von der Verfassungskommission vorgelegten Entwurf.

Stellvertretend für viele Gruppierungen erwähne ich hier den Rostocker Bürgertisch, der sich das Thema Verfassung zueigen gemacht und so zur Popularität des Themas ebensoviel beigetragen hat (u.a. Schweriner Appell) wie zum Inhalt des jetzigen Entwurfs.

War da noch was?

Ach, da war ja das Volk! Allen Voraussagen spottend haben die Leute von Mecklenburg-Vorpommern gezeigt, was sie sind und wieviel ihnen ihr Land und die Demokratie darin wert sind. Weit über insgeamt tausend Zuschriften mit ...zigtausend Unterschriften und eindeutige Äußerungen in hunderten von Veranstaltungen haben dies beeindruckend klar gemacht.

Allen sei Dank

Bald wird sich herausstellen, wie der Landtag über den Entwurf entscheidet. Hoffen wir, daß er gute, bürgernahe Bestimmungen akzeptiert, weniger gelungene nachbessert und fehlende ergänzt. Machen wir uns noch einmal stark für Ausländerschutz und ein faires Quorum beim Volksbegehren - irgendwann!

Obgleich ein in Teilen guter Verfassungsentwurf entstanden ist, kann ich ihm als Mitglied der Verfassungskommission im April leider nicht zustimmen. Ausländerschutz und Volksbegehren sind Hauptziele bürgerbewegter Anstrengungen, die meiner Meinung nach in einer Verfassung nicht fehlen dürfen. Damit folge ich auch einer Empfehlung des Landessprecherrates des NEUEN FORUM von Mecklenburg-Vorpommern.

Irmgard Rother
NEUES FORUM Mecklenburg-Vorpommern

Europa-Institut für Landwirtschaft

Im Januar wurde anläßlich des Symposiums „Entstaatlichung der Landwirtschaft und ländliche Entwicklung in Osteuropa" eine Ost-West-Arbeitsgemeinschaft für ländliche Entwicklung mit Sitz in Brandenburg ins Leben gerufen.

Die ständige Arbeitsgemeinschaft soll einen europäischen Erfahrungs- und Informationsaustausch über folgende Fragen ermöglichen:

- Entwicklung von Produktionsformen, in denen die gemeinschaftlichen Erfahrungen der Vergangenheit und die persönliche Verantwortung berücksichtigt werden.
- Maßnahmen, um den Boden als Gemeingut zu erhalten und ihn vor der Spekulation zu schützen. Eine Möglichkeit besteht in der Bildung von Gemeindeland, das zur Nutzung mit Erbrecht zum Ertragswert an die Bevölkerung vergeben wird. Diese althergebrachte Form sollte durch den Gesetzgeber erleichtert werden.
- Förderung der lokalen Demokratie durch die Unterstützung von Gemeindestrukturen und lokalen Bürgerinitiativen.
- Förderung von Überlegungen und Konzepten, die von den Bedürfnissen der Bevölkerung und von lokal vorhandenen Reichtümern für eine ausgeglichene Dorfentwicklung ausgehen: Kontrolle der landwirtschaftlichen Produktion bis zum Endverbraucher, Aufwertung der Qualität der Produkte, Berücksichtigung der Umwelt, Austausch Stadt-Land usw.
- Förderung von Technologien, die den lokalen Bedürfnissen angepaßt sind. Die Arbeitsgemeinschaft soll im Gut Wollys im Oderbruch ein Europäisches Institut für ländliche Entwicklung gründen. Das Gut soll zu einem Forschungs- und Ausbildungsbetrieb werden, eine Datenbank schaffen und ein „Bulletin" in Deutsch, Englisch und Russisch herausgeben.

Weitere Informationen:
Carmen Kirmes
MdL Brandenburg
Storkower Str. 46-48
O-1251 Gosen

Fraktionslos

Im Info-Briefdienst des NEUEN FORUM Brandenburg erläuterte Detlef Grabert, der im November 1992 für den verstorbenen Abgeordneten Dr. Lutz Thormann in den Landtag nachgerückt ist, warum er nicht Mitglied der Regierungsfraktion Bündnis 90 werden will:

„Da in der Fraktion des Wahlbündnis 90 (die Partei B 90 wurde erst 1991 - ein Jahr später - gegründet) mit Peter Schüler ein ehemaliges Mitglied der SED-Kreisleitung Potsdam sitzt, sehe ich mich außerstande, dieser Fraktion beizutreten. Dies teilte ich dem Fraktionsvorsitzenden Günter Nooke am 2. Dezember bei einem Treffen in Berlin mit."

Der nun fraktionslose Grabert hat es allerdings nicht leicht, denn er mußte die Landtagsverwaltung erst einmal ein bißchen treten, bis er wenigstens im Repräsentationsraum der SPD Tisch und Stuhl zum Arbeiten bekommen hat. Graberts Kommentar: „Nun hängt man ja als fraktionsloser Abgeordneter zwischen allen Stühlen." Grabert ist mittlerweile stimmberechtigtes Mitglied des Innenausschusses, und die Regierungsfraktionen haben ihn zu den Sitzungen des Koalitionsausschuß eingeladen.

(Siehe auch Kommentar von Detlef Grabert, Seite 4)

Wohnungspolitik in Dresden

Auf Initiative der Alternativen Fraktion (AF) in der Dresdener Stadtverordnetenversammlung gibt es dort eine Arbeitsgruppe Wohnen, in der Abgeordnete, Angestellte der Verwaltung und der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern die Wohnungspolitik der Stadt beraten. So sollen alle Formen des Wohnungsneubaus und der -sanierung unterstützt werden. Wir dokumentieren im folgenden die Thesen, die die Alternative Fraktion (DJ, Grüne, NEUES FORUM, UFV) in Januar in die Arbeitsgruppe eingebracht hat:

1. Ein umfassendes und akzeptables Konzept zur Wohnungspolitik liegt weder vom Bund noch vom Land vor. Die Stadt muß deshalb alle Möglichkeiten zur Selbsthilfe ausschöpfen.
2. Dramatische Fehleinschätzung der Altschuldensituation und der Restitutionsanspruchsregelung aus dem Einigungsvertrag erweist sich als unüberwindliche Hürde für Wohnungssanierung und Wohnungsbau.
3. Die bisherigen Versuche, die Wohnraumprobleme vorrangig durch Mieterhöhung und Wohnungsprivatisierung zu lösen, haben die Situation nicht entschärft.

Mieterschutz

4. Mietkosten können nur im Bezug auf soziale Belastbarkeit geregelt werden. Die wirtschaftlich notwendigen Mieterhöhungen müssen an die Steigerung des Nettoeinkommens gebunden sein. Das wurde zwar versprochen, aber mit der zweiten Mieterhöhung zu Anfang dieses Jahres nicht eingehalten.
5. Erweiterung des bestehenden Mieterschutzes für Wohnen und Kleingewerbe ist unabdingbar. Dazu gehört insbesondere auch Kündigungsschutz für sozial Schwächere wie Mieter/innen ab einem bestimmten Alter, Alleinerziehende und Behinderte.
6. Zuschläge auf Mieten von Zweitwohnungen und Fehlbelegungsabgaben können, zweckgebunden eingesetzt, zu einem Finanzausgleich im Wohnungswesen beitragen.
7. Die Stadt benötigt eine dauerhafte Belegungsbindung für 30 - 40 Prozent der vorhandenen Wohnungen.

Vermittlungsstellen

8. Wohnungstausch und Untervermietung tragen zur Entspannung des Wohnungsmarktes bei und müssen von der Stadt durch Einrichtung von Vermittlungsstellen und durch Prämienzahlung gefördert werden.
9. Zweckentfremdung von Wohnraum ist wirkungsvoll zu verhindern; Luxussanierung ohne Einwilligung der Mieter/innen zu vermeiden.

Wohngeld

10. Die bestehende Wohngeldregelung ist ein soziales Feigenblatt, das mehr Probleme erkennen läßt als abdeckt. Deshalb fordern wir ein zusätzliches kommunales Wohngeld.
11. Sanierung und Modernisierung durch Mieter/innen müssen stärker gefördert und unabhängiger von sofortigen Eigeninvestitionen gestaltet werden.
12. Die Bedeutung von Privatisierung in der Wohnungspolitik darf nicht überbewertet werden, weil Fördermittel nur bei Eigeninvestition abgerufen werden können, die den Bürger/innen in den neuen Bundesländern normalerweise unmöglich sind.
13. Eindeutige Rahmenbedingungen für den geförderten Mietwohnungsbau und Wohnungsbau geben der Stadt erst die notwendige Planungssicherheit.

Bedarf und Finanzierung

14. Baulandbedarf für Wohnungsbau muß zumindest mittelfristig festgestellt und entsprechende Zuweisung gesichert werden. Dabei gebührt der Vergabe im Erbbaurecht besondere Priorität.
15. Ein Ausschöpfen aller möglichen Finanzierungsquellen für Wohnungsbau und -sanierung sollte gewährleistet sein. Dafür muß durch die Stadt der nötigen Planungsvorlauf (Baurecht) und Rechtssicherheit in den Eigentumsfragen (Restitutionsansprüche) gesichert werden, um bei Bereitstellung von neuen Fördermitteln sofort reagieren zu können.

Kommunales Ziel muß ein hinsichtlich Bedarf, Bestand und Kostenbildung funktionierender Wohnungsmarkt sein. Nur so können bereits erkennbare Spekulationen auf dem Wohnungsmarkt eingegrenzt werden.

Alternative Fraktion in Dresden

Memorandum '93

Die Arbeitsgruppe „Alternative Wirtschaftspolitik" (Memorandumgruppe) steckt in den abschließenden Beratungen ihres diesjährigen Gutachtens. Die Memo-Gruppe wendet sich alljährlich gegen den einseitig an Unternehmensinteressen orientierten Rat der fünf Weisen (im Amtsdeutsch: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Situation). Das alternative Gutachten soll Ende April vorgestellt werden. Wie jedes Jahr sind Arbeitnehmer, Betriebsräte, Gewerkschafter, Wissenschaftler, kurz: alle, die das Memorandum '93 mit ihrer Unterschrift unterstützen wollen, willkommen. Alle Unterstützer (kleine Spende erwünscht) erhalten das vollständige Gutachten als Buch zugeschickt.

Kontaktanschrift:
AG Alternative Wirtschaftspolitik
Axel Troost
Postfach 33 04 47
W-2800 Bremen 33

Rache an Wehrflüchtling

Am 2. März ist der 26jährige Berliner Totalverweigerer Roland Endres von Feldjägern der Bundeswehr aus seiner Wohnung geholt worden und vorm „Truppendienstgericht Potsdam" für 21 Tage in einen Bundeswehrknast eingesperrt worden. Einen Monat zuvor hatte das Brandenburger Kreisgericht Endres zu einer Geldstrafe von 1.200 Mark verurteilt.

Die „Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär" sieht darin eine Verletzung der Menschenrechte gegen Artikel 1 des Grundgesetzes. Die militärischen Schikanen gegen den Verweigerer würden Endres eine Rückkehr in ein geregeltes Leben verwehren, schließlich sei er bereits von einem Zivilgericht verurteilt worden. Totalverweigerer erkennen die Kriegsgerichtsbarkeit der Bundeswehr nicht an.

Weitere Informationen:
Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär
Oranienstr. 35
1000 Berlin 36
Tel.: 030/615 005-30
Fax: 030/615 005-99

Blockade der Rekrutenzüge

Die Kampagne plant, die Rekrutentransportzüge am 1.4. auf dem Bahnhof Berlin-Alexanderplatz zu blockieren. „Gegen Blauhelm- und Kampfeinsätze! Öffentliche Entsorgung der Bundeswehrpropaganda", steht auf dem Aufruf der Kampagne.

Spendenkonto: 199 567
bei der Ökobank eG
BLZ 500 90 100

Redaktionsschluß für das nächste Bulletin: 15. April 1993

"Letzter Atemzug"

Dresden, den 1. April 1993 (eb-forum). Am Mittwoch, dem 31. März hat das NEUE FORUM in einer von langer Hand vorbereiteten Aktion sämtliche Zigaretten entsorgt. Das NEUE FORUM hatte im Vorfeld in Zusammenarbeit mit den Zigarettenhändlern der Bundesländer alle im gesamten BundesLand vorrätigen Zigaretten zusammengetragen. Am 31. März um Punkt 23 Uhr 59 wurden diese Zigaretten mit einem symbolischen letzten Atemzug entzündet.

Vier glauben an Vernunft

Das riesige glühende Glimmstengelmeer symbolisierte den Lebensanspruch der Mitglieder des NEUEN FORUM: „Vier glauben an die Vernunft des Volkes, besonders aber an die eigene!"

Die gesamte Bevölkerung war mit streng geheim gehaltenen Flugblättern aufgerufen worden, sich an der länderübergreifenden Zigarettenglimmerkette zu beteiligen. Der genaue Treffpunkt und Zeit sei der Tagespresse zu entnehmen, hatte es darin geheißen.

60 Prozent der Diäten gespendet

Eine finanzielle Unterstützung - 60 Prozent der Diäten der Mitglieder des Deutschen Bundestages von drei Jahren - ist der Bürgerbewegung nachträglich zugesichert worden. Der Gesundheitsminister erwarte erhebliche Einsparungen für die gesetzliche Krankenversicherug, hieß es in einer Mitteilung aus dem Hause Seehofer.

Eine Änderung der Verfassung werde nicht erforderlich sein, verlautete aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen der Regierungsparteien, da selten eine Aktion dem Artikel 1 des Grundgesetzes „Die Würde des Menschen ist unantastbar" so gerecht werde.

Weitere Informationen:
Elisabeth vom Kabarett
NEUES FORUM Dresden

Weltfrauenkonferenz

Elke Bleich vom NEUEN FORUM Potsdam ist Mitglied der Koordinierungsgruppe aus Kreisen der internationalen Frauenbewegung, die an der Vorbereitung der „Weltfrauen-Konferenz" 1995 mitarbeitet. Eine der Arbeitsgruppen, die AG Demokratie, Menschenrechte und Teilhabe, tagt im April im FORUM-Büro Potsdam. Zur Diskussion stehen weltpolitische Fragen unter dem Aspekt der Demokratisierung. Sollen Entwicklungshilfe, Kredite oder technische Hilfen reiche Nationen für sogenannte Dritte-Welt-Länder an Auflagen, demokratische Verhältnisse zu schaffen, gebunden werden? Und wenn ja: Wie definiert man in diesem Fall „Demokratie"? Fallen darunter „gelenkte Demokratien", die soziale Bewegungen unterdrücken?
(siehe auch Tips und Termine)

Spendenfreudige Abgeordnete im NEUEN FORUM

Im Januar hatte Bärbel Bohley mit persönlichen Briefen an unsere Abgeordneten um Spenden für die Renovierung des FORUM-Büros in der Berliner Friedrichstraße gebeten. Bislang sind 4.100 Mark eingegangen. Wir bedanken uns bei Detlef Grabert, MdL aus Brandenburg für 1000,-DM, bei Carmen Kirmes, MdL aus Brandenburg für 1000,-DM, Marianne Tietze, Bezirksstadträtin in Berlin-Friedrichshain für 1000,-DM, Leonore Ackermann, MdL aus Sachsen, für 500,-DM, Reinhard Schult, MdA aus Berlin, für 400,-DM und Irena Kukutz, MdA aus Berlin, für 200,—DM. „Vielen Dank!" sagen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des NEUEN FORUM in der Berliner Friedrichstraße.

Wahlen vorbereiten

Auch auf dem Märzforum Sachsen ist darüber gesprochen worden, wie sich das FORUM auf die Kommunalwahlen 1993 vorbereiten soll. Dort hat Gotthard Krupp vorgeschlagen, die inhaltliche Debatte über die kommunalpolitischen Forderungen öffentlich zu führen und kompetente BürgerInnen und Bürger dazu einzuladen. Aus diesem Prozeß sollten auch die Kandidaten für die Wahlen hervorgehen. Für das Landesforum Brandenburg hat sich Martin Hartneck Gedanken zu den Vorbereitungen auf die Kommunalwahlen gemacht:

Am 05.12.93 finden die nächsten Kommunalwahlen im Land Brandenburg statt. Landtagsvertreter streiten zur Zeit um Modalitäten - wie sollen letztlich Bürgermeister und Landräte gewählt werden? Für uns sollte solche Diskussionen zweitrangig sein. Wenden wir uns den eigentlichen Aufgaben zu! Dazu gehört ein kurzer Blick zurück und ein möglichst weiter Blick nach vorn! Vertreter des NEUEN FORUM traten auf allen Ebenen in den vergangenen Kommunalwahlen an.

Persönliche Wende

Der Erfolg in vielen Kommunalvertretungen war beachtlich - unbeachtet dessen, daß häufig Mandatsträger des NEUEN FORUM ihre „persönliche Wende“ bald vollzogen: zu den etablierten Parteien. Na und, auch nicht so schlimm, das sind persönliche Freiräume und (hoffentlich!) Entscheidungen des Gewissens.
Jetzt stehen wir vor der Frage, ob wir es riskieren, als kleine und mitgliederschwache Gruppen erneut den Mut und vor allem den langen Atem aufzubringen, uns der Kommunalwahl zu stellen. Varianten sind denkbar: Dazu gehört die Möglichkeit von Listenverbindungen oder sogar der Platz von Mitgliedern des FORUM auf den Listen von Parteien (die alle an Mitgliedermangel leiden und sich über fleißige und kompetente Leute freuen können).
Was wir im einzelnen tun, ist nicht von vordergründiger Bedeutung: Hauptsache ist, wir tun überhaupt etwas!

Strukturelles Defizit

Die Parteien haben Strukturen, Parteitage, Unterbezirksversammlungen (also Vertreterversammlungen in den künftigen neuen Großkreisen, die mit der Kommunalwahl 93 installiert werden), Parteidisziplin und schließlich sehr bald fertige Listen für die neuen Gebietskörperschaften mit Aufschlüsselung auf die Wahlbereiche.
Das haben wir alles nicht - aber an dieser Stelle wird es für uns gefährlich, wenn wir uns einbringen wollen. Das NEUE FORUM Brandenburg hat keine „Zeitstelle“, die die Vertreter der neuen Großkreise zusammenführt, vermittelt und koordiniert, zerrissene oder bisher nicht vorhandene Kontakte herstellt oder ein Konzept entwickelt, wie das Kommunalwahlgesetz (das im April beschlossen wird) mit seinen rechtlichen und terminlichen Forderungen zu berücksichtigen ist.

Wenn wir uns weiterhin als politische Kraft zeigen wollen, werden die organisatorischen Schwächen zur realen Gefahr: Der ordentliche bundesdeutsche Staat fragt nicht nach unseren Beweggründen, die dezentrales Wirken als ein Prinzip des NEUEN FORUM für richtig erkennen. Dieser Staat und hier jetzt das Land Brandenburg verlangen von uns geordnete Abläufe entsprechend Gesetzlichkeit, um mit einer Chance in die Kommunalwahl gehen zu können.

Die Aufgaben

Das heißt: Wir FORUM-Mitglieder in den jetzigen Brandenburger Kommunen und Kreisen müssen völlig eigenständig folgende Aufgaben bewältigen:

- Forum-Mitglieder in den zukünftigen Kreisen müssen sich gegenseitig suchen, und sei es über die regionale Presse
- Gespräch über Gemeinsamkeiten, Ziele, Inhalte in den neuen Kreisen (Wahlprogramm)
- Entscheidung über Alleingang oder Listenverbindung mit anderen interessierten Gruppen (oder auch Einzelpersonen)
- Sorgfältige Kenntnis des Kommunalwahlgesetzes muß sich eigentlich jeder aneignen, der sich zur Wahl stellen will
- Einhaltung der rechtlichen und terminlichen Forderungen aus dem Kommunalwahlgesetz, um die Nominierung der Kandidaten zu sichern.

Regionale Vielfalt erhalten

In den einzelnen Kreisen und Regionen hilft uns keiner, das müssen wir schon selbst erledigen. Das Landesforum Brandenburg wird voraussichtlich den einzelnen auch keine Hilfe sein, weil wir es mit Sicherheit schaffen werden, uns schon an der Beschlußfassung zur Tagesordnung derartig festzufressen, daß für inhaltliche Diskussionen die Zeit knapp wird.
Dennoch darf der Inhalt unser regionalen Vielfalt und das ehrliche Engagement für Bürgerinteressen nicht auf der Strecke der Wahlbürokratie bleiben!

Martin Hartneck
NEUES FORUM
Kreis Fürstenwalde

Irrtum

Das Februarheft des Bulletin hatte die Nummer 19, das Märzheft die Nummer 21, das Asylsonderheft wurde nicht numeriert. Die Nummer 20 hat also das gleiche Schicksal wie das Asylrecht in Deutschland erfahren. Wir bitten unsere irrtümlich irritierten LeserInnen und Leser um Entschuldigung.

ABM mißbraucht

In seiner Haushaltsrede vor dem Kreistag Borna hat der FORUM-Abgeordnete Dietmar Matzke die ABM-Politik des Landratsamtes Borna scharf kritisiert. Der Kreis hatte, wie andere Kommunen auch, seine Pflichtaufgaben aus Mitteln der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) finanziert. Für Matzke ist dies ein glatter Rechtsbruch. Die Geldknappheit habe die Gemeinden dazu veranlaßt.

Die Ursache sieht Matzke in der verfehlten Wirtschaftspolitik der Bundesregierung:"ABM wurde als Heilmittel gegen alle marktwirtschaftlichen Krankheiten ausgegeben und war natürlich nicht in der Lage, diese Krankheiten zu heilen." Die geplante Streichung von ABM-Mitteln sieht der FORUM-Abgeordnete als geplanten Abbau des sozialen Rechtsstaates an und zitiert den sächsischen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf: „Der Staat muß von den sozialen Aufgaben befreit werden".

Arbeitnehmerschaft gespalten

Die öffentlichen Gelder seien besser für zusätzliche Arbeit als für Arbeitslosigkeit angelegt. Ziel der ABM-Kürzungen sei aber die Spaltung der Arbeitnehmerschaft, „denn die Regierenden fürchten nichts mehr als den gemeinsamen Protest der Betroffenen", sagte der Kreistagsabgeordnete. Als Alternative fordert Matzke, den „Aktionsausschuß gegen Kultur- und Sozialabbau" zu unterstützen.

Dessen Forderungen lauten:
„1. Erhalt aller öffentlichen, sozialen und kulturellen Einrichtungen einschließlich der Förderung von Initiativen, Projekten und Vereinen.
2. Aufstellen eines Haushaltplanes, der alle sozialen und kulturellen Leistungen einschließt und keine Leistungen abbaut.

Gemeindefinanzen stärken

3. Übernahme von ABM in feste Stellen durch die öffentliche Hand und Zuweisung von Mitteln an die Kommunen, damit die Übernahme gewährleistet werden kann.
4. Garantie von tariflich geschützten Arbeitsverhältnissen, keine Zwangsteilzeitbeschäftigten, Dekkung der Mittel für die Vollzeitbeschäftigung durch die öffentliche Hand.
5. Keine Kürzung der Zuschüsse an die Kommunen zur Deckung der kulturellen und sozialen Ausgaben."

Diese Forderungen seien keine Utopie, sondern es sei die Aufgabe der Politik, „eine gerechte Verteilung der Gelder zu gewährleisten" „diese Regierung nicht in der Lage ist, dies zu tun, weder in Bonn noch in Borna, ist unsere schmerzliche Erfahrung."

Gleichlautende Forderungen hat auch das Märzforum des FORUM Sachsen am 13. März 1993 aufgestellt.

NEUES FORUM Sachsen
Maternistraße 17
O- 8020 Dresden
Tel. 0351/484 55 08

Gegenwind für B' 90 in Erfurt

Johannes Höfert vom Bündnis 90 Ilmenau hat in der „Grünen Zeitung Thüringens" Gegenwind (Nr. 1-2/1993) von der neuen Partei eine außerordentliche Landesversammlung gefordert. Die Landtagsabgeordneten des Bündnis 90 hatten mit dem Ausschluß der FORUM-Abgeordneten Siegfried Geißler und Matthias Büchner ihre Kompetenzen überschritten.

„Mit diesem Schritt ist schwerer politischer Schaden entstanden. Grüne und Mitglieder von B'90 und NEUEM FORUM sind sich im Kreis Ilmenau völlig einig, daß mit diesen Signalen aus Erfurt eine verläßliche Kommunalpolitik nicht mehr machbar ist. Natürlich wird unter solchen landespolitischen Vorzeichen die Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene
leiden, so daß sich die Frage nach einem neuen Organisationszusammenhang für uns stellt." schreibt Höfert wörtlich. Ziel der außerordentlichen Landesversammlung, die Höfert anstrebt, solle sein: „Das Verhältnis von B'90/Grüne zum Neuen Forum im Zusammenhang mit der durch die Landesfraktion getroffenen Ausschlußentscheidung."

Zipfelchen Macht

Robert Gramsch (Bündnis 90 Thüringen): „Jubel im großen Saal, Wolfgang Ullmann und Ludger Volmer avisierten in ihrem Abschlußreden schon das große Ziel: Die Bundestagswahlen '94 und vielleicht gar ein Zipfelchen Macht..."

Tschernobyl

In den letzten beiden Jahren verbrachten insgesamt 130 Kinder aus Tschernobyl und Umgebung ihre Ferien in Jena und in einem Feriendorf bei Kölleda. In dieser Zeit konnten die Kinder an einer Sauerstofftherapie teilnehmen. Medikamente für etwa 50.000 Mark wurden mit zwei Hilfstransporten nach Kosilje gebracht. Auf diese Bilanz blickt der Vorsitzende des Vereins „Hilfe für die Kinder von Tschernobyl" Martin Krautwurst bei der Jahreshauptversammlung im März zurück. 1993 sollen zwei weitere Hilfstransporte auf den Weg gebracht werden. Der Verein sucht dafür Spenden und Gastfamilien, die bereit sind, Kinder aufzunehmen.

Kontakt:
Kinder von Tschernobyl
Am Planetarium 14
0-6900 Jena
Tel.: 03641/22408

Kühler Kopf wird 70

In einem Glückwunschschreiben zum 70. an den Mitgründer des NEUEN FORUM Erfurt, hat die Erfurter Arbeitsgruppe "Ostprodukte" Karl Link geehrt. Volker Kühm: "Sie haben mit Ihrem Wissen und Ihrer Menschenkenntnis eine solche Bedeutung für uns erreicht, daß wir nicht auf Sie verzichten können." Stets habe Link einen kühlen Kopf bewahrt. Die Bulletin-Redaktion schließt sich den Glückwünschen an.

Arbeit durch Friedensdienste

Der radikale Abbau von Arbeitsplätzen verführt viele Kommunalpolitiker dazu, Bundeswehr oder militärische Einrichtungen in ihre Gemeinden zu holen. Die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg hat im Oktober 1991 angeregt, zivile Friedensdienste zu bilden. Wir erinnern jetzt an ihre konkreten Vorschläge, die auch eine Perspektive für die Schaffung von Arbeitsplätzen bieten.

Der eine Friedensdienst kann verschiedene Ausprägungen haben. Er kann:
a) der Aussöhnung und der Versöhnung dienen;
b) den Schwachen, den Leidenden, den Opfern zugute kommen;
c) für die Erhaltung oder Sanierung der gefährdeten oder zerstörten Natur arbeiten;
d) der Gewalt vorbeugen und ausgebrochene Gewalt eindämmen.

Gerechtigkeit schaffen

Alle diese Ausprägungen dienen dazu, Gerechtigkeit zu schaffen, Frieden zu erhalten, die Natur zu bewahren. Sie müssen durch gründliche Ausbildung vorbereitet und kritisch begleitet werden.
Unkonventionelle Denkweise ist dabei ebenso zuzulassen wie die Erprobung alternativer Modelle. Vermeintliche Sachzwänge und Abhängigkeiten, die in ihrem Kern oft friedensverhindernd sind, können durch Phantasie und flexibles Verhalten aufgebrochen und überwunden werden.

Weiterer Ausbau von bestehenden Friedensdiensten

Schon bisher arbeiten Friedensdienste „out of area", um an Ort und Stelle im fremden Land Sühne zu leisten, Nöte zu lindern, Gefährdete zu schützen, Verfolgten beizustehen, medizinische, soziale, ökonomische Aufbaudienste zu leisten.
Dazu gehören z.B. Organisationen wie Peace Brigades International, Aktion Sühnezeichen, EIRENE, Misereor, BROT FÜR DIE WELT, Dienste in Übersee, Greenpeace, Medico International, amnesty international und viele andere.
Bei den großen Versammlungen, die der konziliare Prozeß hervorgebracht hat, ist der weitere Ausbau von Friedensdiensten befürwortet und zur Pflicht gemacht worden. In Basel wurde an Pfingsten 1989 die Bildung von Schalom-Diensten angeregt.

Eine Pflicht für die Kirche

Im II. Bundesschluß in Seoul wurde 1990 die Einrichtung solcher Schalom-Diakonate den Kirchen als Verpflichtung auferlegt, die Zeugnis ablegen sollen von der Liebe Gottes, „indem sie weltweit einen Dienst für Gerechtigkeit und Frieden aufbauen und koordinieren, der den Kampf um die Menschenrechte und um Befreiung fördern und in Konflikten, Krisen und gewaltsamen Auseinandersetzungen helfend eingreifen kann." (epd Dokumentation Nr. 16/90, S. 24)

Organisation und Finanzierung von zivilen Friedensdiensten

Die Institutionalisierung eines zivilen Friedensdienstes könnte über einen nationalen/europäischen/internationlen „Friedensrat" in die Wege geleitet werden.
Diese „Friedensräte" sollten in Form von Stiftungen aufgebaut, von Steuergeldern finanziert und mit Vertreterinnen und Vertretern von Nichtregierungsorganisationen personell besetzt werden (z.B. Friedens- und Konfliktforscherinnen, Wirtschaftsexperten, Ethnologinnen, Völkerrechtler, Vertreter der Religionen).
In der Aufbauphase sollten sich die Kirchen an der Finanzierung dieser „Friedensräte" beteiligen, später sollen eigesparte Gelder aus dem Rüstungsetat für diesen Zweck eingesetzt werden.
Anzustreben ist eine Wahlmöglichkeit für Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, ob sie direkt die „Friedensräte", oder ob sie weiterhin den bisherigen „Rüstungshaushalt" finanzieren wollen. Kirchen bzw. Regierungen dürfen keine Interventionsmöglichkeit in die Arbeit der Stiftungen haben.

Zur Alternative „Dienstpflicht oder Freiwilligkeit"

Wir treten dafür ein, daß anstelle des Militärdienstes und des dienstpflichtigen zivilen Ersatzdienstes zivile Friedensdienste auf freiwilliger Basis entwickelt werden. Männer, die sich an zivilen Friedensdiensten beteiligen, unterliegen nicht der Wehrüberwachung.

Zur Beteiligung von Frauen

Der freiwillige, zivile Friedensdienst steht Frauen und Männern offen.

Ausbildung für den zivilen Friedensdienst

Zur Ausbildung könnten folgende Elemente gehören:

- Historische Beispiele von Gewaltfreiheit/Kulturen der Gewaltfreiheit/Denkansätze für Gewaltfreiheit in der Philosophie, der Literatur, in den Weltreligionen,
- Unterricht in Theorie und Praxis der Gewaltfreiheit/Training in gewaltfreier Konfliktaustragung/Ausbildung in Mediation (Vermittlung im Konfliktfall) und Sozialer Verteidigung,
- Sprachunterricht und Landeskunde,
- Spezialausbildung für den diakonischen Einsatz, für den Katastropheneinsatz, für den ökologischen Einsatz.

Die vielfältigen Aufgaben benötigen Menschen aller Altersstufen mit verschiedener Lebenserfahrung und Qualifikation.

Den vollständigen Text haben die Sachsen-Anhaltiner für ihre „Entmilitarisierungsdiskussion" der Einladung zum Landesforum vom 27. bis 28. März beigelegt.

NEUES FORUM
Sachsen-Anhalt
Reformhaus Halle

Die Krise ist kein Asylproblem

In der letzten Ausgabe haben wir die Thesen Veit Voigts zur Gleichstellung der Ausländerinnen und Ausländer vorgestellt. In der Fortsetzung geht der Autor auf die Hintergründe der sogenannten Asyldiskussion ein.

4. These: Wir brauchen Einwanderung

Einwanderung muß gesteuert werden und braucht ein Einwanderungsgesetz. Die anschließende Integration muß im folgenden abgesichert werden. Schon alleine wegen der Altersstruktur, aus ökonomischen Gründen braucht Deutschland die Einwanderung. Doch hat dies auch eine starke Ambivalenz:
Denn nur die wenigsten Flüchtlinge schaffen es bis nach Deutschland. Nur die stärksten, mit der höchsten Qualifikation und den ökonomischen Möglichkeiten. Diese Menschen fehlen aber für eine notwendige selbstbestimmte Politik in der Dritten Welt (brain drain). Die Genfer Flüchtlingskonvention muß umgesetzt werden. Bürgerkriegsflüchtlinge brauchen einen Sonderstatus.

5. These: Weltwirtschaft reformieren

Wir brauchen eine neue Weltwirtschaftspolitik, die nicht mehr die Vermarktungsbedingungen allein im Blickfeld hat, sondern den Schwerpunkt auf die realen Bedürfnisse der Menschen legt (ökologisch und sozial). Menschen brauchen vor allem Menschen, saubere Luft, Wasser und unvergiftete Nahrung.
Regionale Selbstversorgung bedeutet nicht nur Reduzierung von Transport, sondern auch Gerechtigkeit für die Dritte Welt. Da dies aber politisch kaum absehbar ist, werden weiter größere Migrationsströme produziert. Die Verantwortlichen dafür müssen klar benannt werden. Es ist die Wirtschaftsweise der ersten Welt.
Um dies abzusichern, winken auch schon die neuen Aufgaben der Bundeswehr:
– Absicherung der Wohlstandsinseln vor Flüchtlingen (Ostgrenze)
– Absicherung der strategischen Rohstoff- und Ökoressourcen in der Welt (weltweite Einsätze).

Während gleichzeitig nach innen abgeschottet wird - das Boot ist voll, Asylrechtsänderung und keine Ausländer nach Deutschland -, wird daran gearbeitet, die Bundeswehr weltweit einsetzen zu können. Auch dort soll das Grundgesetz geändert werden. In der Öffentlichkeit wird dabei vermieden, die beiden Themen zu verknüpfen. Fluchtursachen sollen damit individuell auf die Ausländer, also die Opfer projiziert werden, statt die Fluchtursachen ins Blickfeld zu rücken. Dem Ausmarsch der Bundeswehr muß klar entgegengetreten werden.

6. These: Gleichbehandlung durchsetzen

Als Bürgerbewegung, die insbesondere Bürgerrechte im Blickpunkt hat, können wir uns mit einer Ungleichbehandlung von Menschen in Deutschland nicht abfinden. Demokratie und Menschenrechte sind unteilbar und nicht an eine deutsche Abstammung gebunden. Ausländergesetze diskriminieren nicht nur Nichtdeutsche, sondern erschweren es den Deutschen, frei auf sie zuzugehen. Die Deutschen isolieren dadurch nicht nur die Ausländer, sondern sich auch selber im In- wie Ausland.
Die Neue Rechte besetzt alternative Themen und versucht, berechtigte wirtschaftliche und soziale Mißstände nationalistisch umzuformen. Ökobewußtsein wird zur Rassehygiene umdefiniert. Hier gilt es zu überlegen, worin die Ursachen liegen und was wir dagegen tun können.

7. These: Ersatzdiskussion

Mit der Asyldiskussion wird eine Ersatzdiskussion auf einem Nebenschauplatz durchgeführt. Über den Anteil von einem Prozent der Ausländer in den neuen Bundesländern wird gestritten. Aber die etwa 50 Prozent Arbeitssuchenden in den neuen Bundesländern sind kein Thema.

Wohnungsnot

Die fehlenden 2,5 Millionen Wohnungen in ganz Deutschland blikken auf eine 10- bis 15jährige Politik des fehlenden sozialen Wohnungsbaus zurück und haben sehr wohl ursächlich mit der Regierungspolitik zu tun. Die Probleme, die die Deutschen mit ihrer Politik und Regierung haben (innere), werden verschoben auf die Ausländer (außen), um sie so bekämpfen zu können. Daß diese Problemverschiebung nur die Lage verschlimmert, Politikverdrossenheit fördert und den Rechtsradikalen nützt, wird in Kauf genommen, weil es den Machterhalt sichert. Lassen wir uns auf keine Sündenbockdiskussion ein. Heute sind es die Ausländer, morgen die Jugendlichen oder Rentner.

8. These: Die Rezession ist das Hauptproblem

Das politische Hauptproblem ist im Moment die wirtschaftliche Rezession, die damit verbundene immense Staatsverschuldung bringt natürlich soziale und politische Folgeprobleme mit sich. Diese Krise ist aber auch eine Chance, um über unsere Lebensweise kritisch nachzudenken. Wenn wir in unserem Wertesystem (Ich bin, weil ich konsumiere) keinen Paradigmenwechsel vollziehen, werden wir an den Grenzen des Wachstumsmodells scheitern. Diese Sichtweise sollten wir behalten. Wenn wir nicht miteinander in Deutschland Ost/West und mit den Ausländern zusammenleben können, werden wir es auch nicht global schaffen.

Veit Voigt
Stadtsprecher NEUES FORUM Erfurt und Aktionskreis für den Frieden e.V.

Literaturhinweis

Info-Blätter, die kostenlos bezogen werden können:
Sozialpolitische Informationen
Hrsg.: Bundesministerium für Arbeit und Soziales.
Das Informationsblatt berichtet über arbeitsmarkt- und sozialpolitische Entscheidungen des Bundesministeriums. Es erscheint monatlich und ist kostenlos erhältlich. Schriftliche Bestellungen sind zu richten an:
Bundesminsterium für
Arbeit und Sozialordnung
Postfach 14 02 80
W-5300 Bonn 1
Tel.: (0228) 527-1

EG-Informationen
Die Redaktion der EG-Informationen berichtet über wirtschafts- und sozialpolitische Vorgänge innerhalb der EG. Das Blatt erscheint zweimonatlich und ist kostenlos erhältlich. Es ist zu beziehen durch die
Vertretung der Kommission der Europäischen Gemeinschaft in der Bundesrepublik Deutschland
Zitelmannstr. 22
0-5300 Bonn 1
Tel.: (0228) 530090
Fax: (0228) 5300950

Informationen über den Bezug weiterer kostenloser Mitteilungsblätter wird fortgesetzt.

Detlev Siedersleben
FG Wirtschaft
NEUES FORUM Berlin
Friedrichstraße 165
O-1080 Berlin

Detlev Siedersleben verfügt über eine Reihe von Hintergrundpapieren aus der Arbeit der Memorandum-Gruppe, in der er aktiv mitarbeitet.
Die Fachgruppe Wirtschaft im NEUEN FORUM Berlin, deren Arbeit er koordiniert, arbeitet an einem Positionspapier, das bis zum nächsten Bundesforum vorliegen soll. Interessentinnen und Interessenten wenden sich an Detlev Siedersleben oder lesen das „Bulletin".

Neu bei Basis-Druck

„Die Schläge im Rücken. Marie. Hinter den Schlägen des Rathaus. Hinter dem Rathaus die Ratsherrn. Über den Herren das Läuten. Über dem Läuten Gott. Dahinter die Leere. Die Arme gebunden. Kein Laut mehr."
So beginnt der erste Text einer Prosasammlung von Utz Rachowski. Der hier spricht, ist der Mörder Johann Christian Woyzeck, den man in diesem Augenblick auf dem Leipziger Naschmarkt aufs Schafott führt. Auch in den anderen Texten dieses Bandes ist der Erzähler Utz Rachowski der von Macht und Obrigkeit gedemütigten Kreatur nahe.

In den Westen verkauft

„Ja, Utz Rachowski war im Bauch der Bestie. Wegen sogenannter Hetze (§106) wurde er eingesperrt und dann in den Westen verkauft. Das Unglück brach nicht unvorbereitet über ihn herein, er hatte schon vorher Gelegenheiten, seine Abwehrkräfte zu trainieren. Aus der Oberschule in Reichenbach flog er vor dem Abitur, weil er allzu ehrliche Deutschaufsätze verbrochen hatte. So stießen ihn die Herrschenden schon früh hinab in die herrschende Arbeiterklasse, und das erwies sich, wenigstens für die Bildung seines Charakters, als eine gute Schule. Utz Rachowski war ein störrischer Wahrheitssucher." So Wolf Biermann im November 1991, als er Utz Rachowski für den Eduard-Mörike-Förderpreis vorgeschlagen hatte.

Autobiografisch angelegt

Der vorliegende Band versammelt ausgewählte Erzählungen Utz Rachowskis aus 20 Jahren. Sie sind autobiografisch angelegt, insofern sie jene Erfahrungen - Relegierung von der Schule, Knast, Abschiebung und inneres Fremdsein im Westen - verarbeiten. Ein Schicksal, das Utz Rachowski mit vielen ehemaligen Intellektuellen der DDR teilt.

Utz Rachowski
NAMENLOSE
Mit einer Nachrede von
Wolf Biermann
196 Seiten, 5 Fotos, Broschur,
ca. 20,- DM bei Basis-Druck

Freie Schulen

Berlin, den 1. April 1993 - Die Berliner Arbeitsgruppe Kain Zwang hat in einem Antrag an das Bundesforum die Abschaffung der Schulpflicht gefordert: „Die Lehrerinnen müssen miteinander konkurrieren, damit die Jugendlichen freiwillig in die Schulen gehen. Erst wenn die Kinder ohne Zwang ihre Lehrer kontrollieren, können sie lernen, eigenverantwortlich zu handeln."
Die Pflicht, zur Schule zu gehen, sei nichts weiter als die Knechtung von Kindern und Jugendlichen. Das führe zu Gehorsam und Gewaltbereitschaft, die sich darin ausdrückten, daß sich junge Männer nicht gegen den Wehrdienst auflehnten. Kain Zwang beruft sich unter anderem auf das Beispiel Dänemarks, wo es ebenfalls keine Schulpflicht gibt.

Kondommangel

Aus einer Entscheidung des OVG Hamburg: „Die Frage nach der Höhe des Bedarfs eines jungen Mannes an Kondomen als empfängnisregelnder Mittel (37b S. 2 Nr. 2 BSHG) ist in aller Regel keine medizinische, sondern eine sozialhilferechtliche Frage und daher nicht von einem Arzt, sondern vom Sozialhilfeträger zu beantworten.
Es ist nicht Aufgabe der Sozialhilfe, dem Hilfesuchenden eine bestmögliche, maximale Bedürfnisbefriedigung zu ermöglichen. Daher ist es jedenfalls ausreichend, wenn die vom Träger der Sozialhilfe gewährte Hilfe zur Familienplanung es dem Hilfeempfänger ermöglicht, etwa 20 mal im Monat mit seiner Freundin ohne Risiko einer Empfängnis geschlechtlich zu verkehren."

Tips und Termine

Bundeskoordinierungsstelle
Sabine Schaaf
Friedrichstraße 165
O-1080 Berlin
Tel. 030/229 24 12
FAX 030/229 23 51
Presse: Tel. 030/229 25 46

2. und 3. April 1993, in Berlin: Bundeskoordinierungsrat
16.-18. April 1993 Arbeitsgemeinschaft zur Formulierung aktueller politischer Leitsätze, in Berlin, Rosa-Luxemburg-Straße 19, 2. Etage (Büro der Berliner Bezirke), Näheres: Dieter Kohl, 0361/646 10 33
8. Mai 1993, Arbeitsgruppe Soziale Politik, Näheres: Cornelia Matzke MdL, Tel. 0351/485 56 41

Bundestag
14. April 1993, Ingrid Köppe MdB in Eberswalde
1. Mai 1993, Ingrid Köppe MdB in Dresden
2. Mai 1993, Ingrid Köppe MdB in Jena, genauere Angaben zu Zeit und Ort der Veranstalter bitte in den Landesgeschäftsstellen erfragen.

Berlin
Landesgeschäftsstelle
Steffen Steinbacher
Friedrichstraße 165
O-1080 Berlin
Tel. 030/229 23 17
FAX 030/229 23 51

Büro der Berliner Bezirke, Rosa-Luxemburg-Straße 19, 2. Etage, täglich Bürgersprechstunde von 13.00 Uhr bis 19.00 Uhr, insbesondere:
montags 18 Uhr, Beratung Wehrdienstverweigerer der AG Kain Zwang,
dienstags 17 Uhr, Rosa Luxemburg Straße 19, AG Gewerkschaft im NEUEN FORUM
mittwochs 17.30 Uhr, Berliner Arbeitsausschuß, Haus der Demokratie, Friedrichstraße 165, Raum 310
2. April 1993, 20.00 Uhr, Berlin-Mitte, Rosa-Luxemburg-Straße 19, Vollversammlung zur Vorbereitung des Bundesforums in Prerow, Antragsberatungen
30. April 1993, 20.00 Uhr, Berlin-Mitte, Fortsetzung der Vollversammlung vom 2. April

Brandenburg
Landesgeschäftsstelle
Carmen Kirmes
Storkower Straße 46 - 48
O-1251 Gosen
Tel. 030 / 55 43 51 10
FAX 030 / 55 43 90 95

Begegnungszentrum zur Gewaltfreiheit EisenbahnStraße 20 O-1300 Eberswalde, Tel. 03334 - 22398 Fax. 03334 - 22921

31. März 1993, Plenumsitzung des Landtages, Entscheidung über die Kreisstädte
3. April 1993, Landesforum in Gosen
17. bis 18. April 1993, AG Demokratie, Menschenrechte des NRO-Frauenforum, NEUES FORUM Potsdam, Lindenstraße 54, Tel./Fax. 0331 21 735
23. April 1993, Redaktionsschluß Briefdienst Nr. 5

Mecklenburg/Vorpommern
Landesgeschäftsstelle
Max Raudszus
Ernst Barlach Straße 2
Tel. 0381/23 471
FAX 0381/23 916

26. März bis 28. März 1993 in Plau am See: Landesforum
27. Mrz 1993, 10..00 Uhr, Haus der Demokratie Rostock, Gemeinsamer Arbeitskreis NEUES FORUM/Bündnis 90/Grüne Bildung, Kultur (AK 3), Schwerpunkt Bildung
21. April 1993, 18.00 Uhr, Haus der Demokratie Rostock, Gemeinsamer Arbeitskreis Energie, Verkehr, Umwelt (AK 2), Thema: Energie
30. April 1993, 19.00 Uhr, Haus der Demokratie Rostock, Gemeinsamer Arbeitskreis Demokratie-Auffassung, Verfassung, Menschenrechte, Thema: Menschenrechte.

Sachsen
Landesgeschäftsstelle
André Andrich
Maternistraße 17
O-8021 Dresden
Tel. 0351/484 55 08
FAX 0351/495 24 20

André Andrich ist wieder gesund. In einem FAX-Rundbrief bedankt er sich für alle Blumen, Arbeitsaufträge und

---

Briefdrucksache

An das
NEUE FORUM

Friedrichstraße 165

O-1080 Berlin

Absender:

Name:

Straße:

Ort: ____________________

ähnliches, die zu seiner Genesung beigetragen haben. Entgegen anderslautenden Gerüchten wird sich das FORUM Sachsen nicht auflösen. Vielmehr gibt es eine neue Anschrift in Leipzig:
NEUES FORUM Leipzig
c/o Rainer Müller
Spittastraße 3
O-7033 Leipzig

Sachsen-Anhalt
Landesgeschaftsstelle
Sabine Leloup
Reformhaus Halle
Große Klausstraße 11
O-4020 Halle
Tel. 0345/24686
FAX 0345/25525

3. April 1993, 11.00 Uhr, Grünes Haus Jena, Treffen der Initiativen gegen die ICE-Trasse München-Berlin
20. April 1993, 19.00 Uhr, Haldensleben, Altstein-Club, Heiderunde
23. April 1993, Colbitz, Veranstaltung zum Sinn der Bundeswehr, Näheres bei Friedemann John
24. April 1993, 11.00 Uhr, Morsleben-Workshop-
23. bis 25. April in der ESG Halle, Puschkin-Straße 27, KDV-Beraterseminar, Teilnahme-Gebühr: 40 DM, verbindliche Anmeldungen: Friedenskreis Halle e.V. Tel. 0345/28133 Treffen der Bürgerinis gegen das Endlager
28. April 1993, 19.00, Uchtspringe, Heidetreff
28. April 1993, 19.00 Uhr, im Reformhaus Halle, gemeinsame Veranstaltung des NEUEN FORUM mit terre des hommes zu Antirassismus und Ausländerfeindlichkeit.

Thüringen
Landesgeschäftsstelle
Dieter Kohl
Am Anger 23
O-5020 Erfurt
Tel. 0361/ 646 10 33
FAX 0361/ 646 11 88

24. und 25. April 1993 in Mihla bei Eisenach (Richtung Kreuzburg, hinter der Tankstelle abbiegen), Landesforum Thüringen, Neuwahlen des Landessprecherrates und der Kandidatinnen und Kandidaten für den BKR, Programmdiskussion, Landtagskandidatur, Neugliederung der FORUM-Regionen

BasisDruck
Schliemannstraße 23
O-1058 Berlin
Tel. 030/448 53 74
Fax. 030/448 10 35

31. März 1993, 20.00 Uhr im Kinosaal des Hauses am Checkpoint Charlie in Berlin, Buchpremiere: Dietmar Linke, Streicheln, bis der Maulkorb fertig ist. DDR-Kirche zwischen Kanzel und Konspiration.

Blick nach draußen:
20.-23. Mai in Halle, 9. Bürgerinitiativen-Verkehrskongreß "Mit Aufschwung ins Verkehrschaos", Programm und Anmelde-Unterlagen bei UMKEHR e.V., Exerzierstraße 20, (13357) 1000 Berlin 65, Tel. 030/492 74 73
24. - 27. Juni 1993 Internationale Frauentagung in Bonn "Differenzen und Gemeinsamkeiten. Frauen aus verschiedenen Kulturen auf der Suche nach gemeinsamen politischen Perspektiven." Voranmeldung: "Erziehung und Entwicklungsprozesse in der 'Dritten Welt'", z.Hd. Frau Nausikaa Schirilla, FB Erziehungswissenschaften, J.W. Goethe-Universität, Postfach 111 932, 6000 Frankfurt 11

TAG X (Asylrecht im Bundestag)
15. April 93: Hearing mit Betroffenen und Experten von 12.00-18.30 Uhr Bonner Münsterplatz. Bei diesem Hearing soll öffentlich dargestellt und erläutert werden, was die Asylrechtseinschränkungen tatsächlich bedeuten. Mit JuristInnen, HistorikerInnen und PolitologInnen, KünsterInnen und SchriftstellerInnen, Flüchtlingsorganisationen und Flüchtlingen.
Veranstalterin: Initiative "Frankfurter Aufruf gegen Fremdenhaß und Antisemitismus"
Dezentraler Aktionstag am Wochenende vor der Bundestagsabstimmung, also vielleicht am 24./25.April 1993
Kundgebung am Vorabend der Bundestagsabstimmung (Tag X) auf dem Bonner Münsterplatz, 18 Uhr - ca. 19 Uhr, anschließend begeben sich die TeilnehmerInnen der nächtlichen Mahnwache zum Kunstmuseum/Ecke Heussallee gegenüber dem Regierungsviertel VA: Trägerkreis Aktion Asyl, c/o Büro Netzwerk Friedenskooperative, Römerstr.88, 5300 Bonn 1,

---

Bestellschein:

___ Ich möchte das Bulletin regelmäßig beziehen und habe eine Spende überwiesen.

___ Ich bekomme das Bulletin regelmäßig und möchte Euch mit einer Spende unterstützen.

___ Ich habe das Bulletin zufällig in die Hände bekommen und möchte mehr über das NEUE FORUM wissen.

___ Bitte schickt mir das Sonderheft über das Asylrecht zu. 2 DM in Briefmarken liegen bei.

___ Bitte informiert mich über Euren Aufruf zum Erhalt des Asylrechts.

___ Bitte informiert mich über die Bosnien-Kampagne des Netzwerks Friedenskooperative.

Das NEUE FORUM wird steuerlich behandelt „wie ein Verein ohne Parteicharakter, der durch Teilnahme an Wahlen auf Bundes-, Landes- oder Kommunalebene mit eigenen Kandidaten antritt und bei der jeweils letzten Wahl wenigstens ein Mandat errungen hat oder an der nächsten Wahl wieder teilnimmt". Derart unaussprechliche Spenden bis zu einer Höhe von 1.200 DM pro Jahr wirken sich zur Hälfte unmittelbar steuermindernd aus. Kurz: Bei Parteispenden und -beiträgen bis 1.200 Mark (Verheiratete bis 2.400 Mark) kriegste die Hälfte vom Finanzamt zurück.

Kontonummer: 438 2386 600 bei Berliner Bank AG (BLZ 100 200 00)